

Beschluss:

Wirtschaft für den Menschen –

Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert

Wir leben in einer Zeit tiefgreifender, schneller Veränderungen. Digitalisierung und die demografische Entwicklung bedeuten einen doppelten Strukturwandel. Hinzu treten Herausforderungen durch Globalisierung und Migration. Zugleich werden die Werte, die unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wie auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ausmachen, von innen wie von außen infrage gestellt. Wir stehen in einem Systemwettbewerb, der unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft im Kern betrifft. Dem wollen wir mit einer klaren Haltung begegnen. Diese Haltung ist geprägt von den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie von Eigenverantwortung, Mut und Optimismus.

Mit diesem Antrag wollen wir – zum Auftakt einer umfassenden Diskussion über unsere grundsätzliche programmatische Ausrichtung für die Zukunft – die grundlegenden Werte und Positionen beschreiben, mit denen wir die Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert stärken wollen. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist auch ein Zukunftsmodell. Im weiteren Verlauf der Grundsatzprogrammdiskussion wollen wir zusammen mit unseren Mitgliedern Antworten auf die im Antrag formulierten Fragen entwickeln.

Unsere Soziale Marktwirtschaft ist herausgefordert.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unserer freiheitlichen Demokratie. Sie ist Grundlage für Wohlstand und Sicherheit und verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir Christdemokraten sind bereits seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft vor siebzig Jahren überzeugt, dass sie der richtige Weg ist, um möglichst allen Menschen ein Leben in Wohlstand zu ermöglichen. Nach den erlebten Erfolgen sind wir auch heute von der Sozialen Marktwirtschaft zutiefst überzeugt: von ihrem Menschenbild, von ihren Grundprinzipien, von ihren Werten, von ihrer Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen und von ihren Erfolgschancen.

Erfolg und Sicherheitsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft sind für die Zukunft nicht selbstverständlich. Sie müssen jeden Tag aufs Neue erarbeitet und die dazugehörige Haltung muss bekräftigt werden. Wir leben und arbeiten global vernetzt. Digitalisierte Prozesse, globale Mobilität und das Zusammenwachsen Europas sind längst für viele von uns Teil

des Alltags geworden. Von diesen Entwicklungen profitieren wir vielfältig: Wir exportieren unsere qualitativ hochwertigen Produkte „Made in Germany“ in alle Welt. Das macht uns wirtschaftlich stark und schafft viele gute Arbeitsplätze in Deutschland. Die internationale Zusammenarbeit – vor allem im Europäischen Binnenmarkt – beschleunigt den Austausch und die Entwicklung von Wissen und Technologie und ermöglicht zusätzlichen Wohlstand. Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland sorgen für Vielfalt. Weil dadurch Preise für eine Reihe von Angeboten gesunken sind, können wir uns mehr leisten. Das Internet macht Informationen zugänglich, schafft Transparenz und erleichtert uns vieles im alltäglichen Leben – im Beruf wie auch privat, für Bürger wie für Unternehmen. Zugleich fragen sich viele Menschen, was die Veränderungen durch Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Klimawandel und demografischen Wandel für sie persönlich und für unser Zusammenleben bedeuten. Sie wollen wissen, ob sie auf sichere Arbeitsplätze und eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung vertrauen können. Sie wollen die Gewissheit, dass es auch ihren Kindern und Enkeln mindestens genauso gut geht wie ihnen.

Die politischen Veränderungen weltweit stellen uns vor weitere Herausforderungen: Freier Welthandel mit offenen Märkten, der uns Wohlstand gebracht hat, ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Stattdessen sind wirtschaftspolitische Maßnahmen wieder häufiger Gegenstand protektionistischen Vorgehens: Renationalisierungen, Populismus einschließlich gezielter Falschinformationen, und autoritäre Modernisierungsmodelle, die vermeintlich erfolgreich sind, finden Akzeptanz. Solche illiberalen Ansätze fordern unsere freiheitlich-demokratische Ordnung offensiv heraus. In vielen Teilen der Welt haben staatlich geplante Volkswirtschaften und staatseigene Unternehmen heute beträchtliche Macht. Der Systemwettbewerb zwischen diesen staatlich gelenkten Volkswirtschaften auf der einen und Kapitalismusformen, die weitestgehend allein auf den ungeordneten Markt vertrauen, auf der anderen Seite, wirft die Frage nach dem richtigen Weg auf: einer freiheitlichen Grundordnung auf Basis christlicher Werte.

Die richtige Antwort ist die Soziale Marktwirtschaft. Ihre Leitgedanken geben uns auch für die Zukunft Orientierung. Die Soziale Marktwirtschaft steht für eine starke integrative Kraft, politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und die Fähigkeit zum Kompromiss. Sie bietet uns gestern wie heute die Instrumente für eine erfolgreiche Ordnungspolitik. Diese Instrumente wollen wir auf die Herausforderungen und Veränderungen des 21. Jahrhunderts richtig anwenden. Denn nur dann, wenn wir uns der Grundprinzipien der

Sozialen Marktwirtschaft immer wieder vergewissern, sie erneuern und stärken, kann sie uns, unseren Kindern und Enkeln auch unter veränderten Bedingungen ermöglichen, frei, sicher und gut zu leben.

In der Sozialen Marktwirtschaft steht der Mensch im Mittelpunkt.

Soziale Marktwirtschaft kann nach unserem christdemokratischen Verständnis nur mit einem Wertegerüst funktionieren. Das christliche Menschenbild definiert mit Würde, Freiheit, Solidarität und Verantwortung vor Gott und seinem eigenen Gewissen die Werte für das Individuum in der Gesellschaft. Hier verbindet sich unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung untrennbar mit unserer freiheitlichen Demokratie. Sie vereint christlich-soziale, liberale und konservative Elemente, die sich gegenseitig ergänzen. Die Soziale Marktwirtschaft traut dem Menschen etwas zu, statt ihn zu bevormunden. So hat jeder die Chance, sich so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht. *Wir müssen die Frage beantworten, wie diese Werte bewahrt und aufs Neue gestärkt werden können – für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für das Funktionieren unseres Wirtschaftsmodells, gerade in Zeiten der Globalisierung und bei Handelsbeziehungen mit autokratischen Staaten.*

Unsere Ordnungspolitik des 21. Jahrhunderts muss klare Regeln aufstellen. Richtig ausgestaltet bietet sie Menschen vielfältige Chancen. Sie sorgt dafür, dass sich das Leben der Menschen heute und in Zukunft gut entwickelt. Politik und Wirtschaft müssen den Menschen dienen. Sie sind Mittel für ein freies, sicheres und gutes Leben der Menschen in unserem Land. Dabei gestaltet Politik in der Sozialen Marktwirtschaft Veränderungen mit Optimismus und einem festen Blick in die Zukunft. Sie muss die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize setzen, damit alle Menschen an Wohlstand, Chancen und Fortschritt teilhaben können. Dies gilt eben auch für Digitalisierung und technischen Fortschritt. Sie müssen so gestaltet werden, dass sie gleichermaßen den Menschen nützlich sind, unser Land noch wettbewerbsfähiger machen und es wirtschaftlich stärken. Denn das Erwirtschaften ist Voraussetzung für das Verteilen und damit für eine solidarische und soziale Politik im Dienst unserer Gesellschaft. Das unterstreicht: Wirtschaften ist kein Selbstzweck, sondern die Lebensgrundlage jeglichen gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Handelns.

Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept der Verantwortlichkeit.

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gehören in der Sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Dabei hat der einzelne Mensch die Freiheit, eigenverantwortlich zu handeln und sein Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten, solange er damit anderen nicht schadet. Wenn der Einzelne seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann, hilft die Gemeinschaft. Dann hat die Gemeinschaft die Aufgabe, einen sicheren Schutz vor Armut zu gewährleisten. Wer auf die Solidarität der Gemeinschaft baut, hat zugleich Pflichten ihr gegenüber: Er muss die Eigenverantwortung wieder übernehmen, sobald er dazu in der Lage ist. Dies muss der Sozialstaat stets deutlich machen. Die Solidarität sichert somit ein Risiko der Freiheit ab, wenn es notwendig ist. Deutschland tut dies mit einem der besten Sozialsysteme der Welt. Es ist einzigartig in seiner Konzeption und elementarer Bestandteil unserer Sozialen Marktwirtschaft. Um es für die Zukunft zu sichern, müssen wir das richtige Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Solidarität und gesteuerter Eigenverantwortung finden. *Es gilt zu klären, wie weit die Selbstverantwortung des Einzelnen reicht und wo die Solidarität der Gemeinschaft anfängt.*

Zusätzlich bietet die beitragsfinanzierte und selbstverwaltete Sozialversicherung den Menschen die Chance, ihren Lebensstandard gegen die großen Lebensrisiken abzusichern. Jeder soll sich darauf verlassen können, dass er angemessen versorgt wird, wenn er alt, krank, pflegebedürftig oder erwerbsunfähig wird. Denn diese Sicherheit ist Grundlage für unseren starken gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die demografische Entwicklung und auch der Wandel der Arbeitswelt fordern unsere Sozialversicherung jedoch heraus. Es ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, sie so zu entwickeln, dass sich auch unsere Kinder und Enkel auf eine gute Absicherung der Lebensrisiken verlassen können. Wir müssen immer wieder prüfen, wie die verschiedenen Säulen der sozialen Sicherung ausgestaltet und finanziert werden sollen und welche Rolle der Arbeitslohn dabei in Zukunft spielt. Klar ist: Die Lohnzusatzkosten müssen begrenzt werden, denn sie machen Arbeit teurer und gefährden damit Arbeitsplätze im europäischen und globalen Wettbewerb. Daher wollen wir, dass die Beiträge zur Sozialversicherung weiterhin unter 40 Prozent bleiben. Gleichzeitig muss die Selbstverwaltung der Sozialversicherung weiter gestärkt werden. *Grundsätzlich müssen wir vor allem die Frage beantworten, wie wir auch in Zukunft eine gute Alters-, Gesundheits- und Pflegeversorgung auf einem angemessenen, men-*

schenwürdigen und verlässlichen Niveau sicherstellen können, ohne diejenigen, die die Systeme heute und morgen finanzieren, zu überfordern.

Ein starker Staat setzt den Ordnungsrahmen.

In der Sozialen Marktwirtschaft hat der Staat eine klare Rolle: Er ist Schiedsrichter und setzt den Ordnungsrahmen bzw. die Leitplanken, innerhalb derer Wirtschaft und Gesellschaft frei agieren. Diese Freiheit wollen wir weiter stärken. Zugleich stellt der Staat sicher, dass die Regeln eingehalten werden. Der Ordnungsrahmen muss angemessen und leistungsfähig für die gesamte Gesellschaft sein. Diese Regeln gehören zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen ihre Durchsetzung stärken.

Als wirtschaftlicher Akteur soll der Staat nur dann eingreifen, wenn er Aufgaben besser als Private erledigen kann. Dabei bleibt die Daseinsvorsorge Kern kommunaler Selbstverwaltung. Wichtig ist, dass der Staat sich bei unternehmerischen Beteiligungen – auch zu Rettungszwecken – zurückhält und bestehende Beteiligungen kritisch überprüft und gegebenenfalls zurückführt. Denn der Staat soll sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. So kann er diese auch ohne eine Erhöhung der Staatsquote besser als bisher erfüllen und zu soliden Staatsfinanzen beitragen.

Wir brauchen eine Debatte darüber, wo auf Regulierung verzichtet werden kann. Regeln sind wichtig, um dem Markt – wo nötig – Grenzen zu setzen und ihn in den Dienst von Menschen und Umwelt zu stellen. Gleichzeitig können sie zum Hindernis für Innovation und Wachstum werden. Denn dort, wo Auflagen und Bürokratie zur Bremse werden, müssen sie auf ein notwendiges Mindestmaß zurückgeführt werden. Dazu wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen und zumindest das „one in, one out“-Prinzip auch in der Europäischen Union zur Regel machen. Wir sehen vor allem in den Bereichen Wohnungsbau, Verwaltung, Energie-, Digital- und Verkehrsinfrastruktur sowie Gesundheitsversorgung und weiteren Dienstleistungen Handlungsbedarf zur Deregulierung und für flexible, beschleunigte und rechtssichere Verfahren, insbesondere bei zentralen Projekten. *Es gilt, Antworten darauf zu finden, wie Regulierung begrenzt werden muss und wie wir digitale Prozesse zur Deregulierung nutzen können.*

Für seine Aufgaben muss der Staat handlungsfähig sein und durch funktionierende Institutionen Recht und Gesetz anwenden. Das Geld, das er zur Verfügung hat, muss er vernünf-

tig einsetzen. Daher müssen bestehende Staatsaufgaben stets auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit geprüft und unnötige Aufgaben (einschließlich Subventionen) konsequent abgebaut werden. So können die verfügbaren Mittel für wichtige Zukunftsfragen eingesetzt werden. Der Staat hat gegenüber seinen Bürgern die Verantwortung, die ihm zugewiesenen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Bei diesen Aufgaben müssen wir entscheiden, welche Ebene sie am besten bewältigen kann. Dabei gilt der Grundsatz der Subsidiarität: Erst wenn eine staatliche Aufgabe nicht von den Gemeinden, Städten und Landkreisen vor Ort erledigt werden kann, wird sie auf die nächsthöhere Ebene übertragen – auf das Land, den Bund oder die Europäische Union. Gleiches gilt für finanzielle Fragen. Dabei ist zu prüfen, ob Kommunen und Länder mehr Verantwortung für ihre Steuereinnahmen übernehmen können und wie wir strukturschwache Regionen im diesem Kontext handlungsfähig halten. Zuständigkeiten und ihre Finanzierung sollten klarer strukturiert und auch für den Steuerzahler erkennbarer werden. Wir wollen auch klären, wie wir Mischfinanzierung abbauen können. Wir wollen möglichst vielen Menschen beim Aufbau eines eigenen Vermögens helfen, anstatt Vermögende beispielsweise durch eine Wiedererhebung der Vermögensteuer zu bestrafen. Eine Ausweitung der Substanzbesteuerung würde insbesondere mittelständischen Unternehmen schaden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein wichtiges Anliegen, damit wir sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Regionen gut leben können. Wohnraum wird in Ballungszentren, teilweise aber auch in ländlichen Regionen, knapp und teuer. Gleichzeitig leiden andere Städte und Regionen unter Wohnungsleerstand und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Problemen. Zudem benötigen die Menschen in den ländlichen Regionen gute Gesundheitsversorgung, gute Arbeitsplätze und gute Bildung sowie intakte Verkehrswege, funktionierende Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur und ein gutes ÖPNV-Angebot. Wir brauchen dazu eine wirksame Regional- und Strukturpolitik, die den Ansprüchen der Menschen gerecht wird, Strukturschwächen überwindet und auch den ländlichen Raum stärkt. *Was muss getan werden, damit sich die Menschen künftig weiterhin die Miete oder ein eigenes Zuhause leisten können? Wie kann das Leben in strukturschwachen Regionen dauerhaft attraktiver gemacht werden? Und wie können wir Anreize gestalten, dass Unternehmen neue attraktive Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen schaffen?*

Der Wettbewerb ist Motor für den Wohlstand.

Ein fairer Wettbewerb ist der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft und entscheidender Wohlstandstreiber. Er ist zentrales Element unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens – im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Wettbewerb sorgt für eine effiziente Verteilung von Ressourcen und die Vermeidung von Verschwendung. Er bringt immer wieder neue und bessere Güter und Dienstleistungen hervor. Er schafft Innovationen und Vielfalt. Er sorgt dafür, dass das Luxusgut von heute zum allgemeinen Gebrauchsgut von morgen wird. Gleichzeitig kann ein funktionierender Wettbewerb dazu beitragen, dass unsere Unternehmen zu erfolgreichen „Global Playern“ werden. Denn Unternehmen können am Weltmarkt besser bestehen, wenn sie sich im Wettbewerb erfolgreich entwickelt haben. Damit der Wettbewerb zu Wohlstand für alle führt, muss seine Funktionsfähigkeit sichergestellt und geschützt werden. Die Märkte müssen für neue Unternehmen offen sein – auch in der digitalen Welt. Wettbewerbsschranken müssen abgebaut, Monopole und Kartelle verhindert werden. Durch Auflösung staatlicher Monopole und transparenten Wettbewerb – beispielsweise in den Bereichen Telekommunikation und Energie – konnten in der Vergangenheit wichtige Vorteile für die Verbraucher erreicht werden. *Wir müssen daher die Frage beantworten, wie auch in diesen und anderen Bereichen durch mehr Wettbewerb und maßgeschneiderte Ansätze eine bessere Situation für die Menschen erreicht werden kann.*

Internationale Vernetzung und digitaler Wandel verändern den Wettbewerb. In rasantem Tempo entwickeln sich digitale Märkte, Plattformen und Dienstleistungen sowie soziale Netzwerke. Viele dieser Märkte sind komplex und global ausgerichtet. Wertschöpfung geschieht vielfach durch datenbasierte Prozesse, die an beliebigen Orten der Welt angesiedelt sein können. Diese Entwicklungen fördern zwar Innovationen und damit neue Waren und Dienstleistungen, die uns das Leben einfacher machen. Sie bringen jedoch auch große Herausforderungen für den Wettbewerb und den Sozialstaat mit sich, z. B. durch Tendenzen zur Monopolisierung, Preisverzerrungen durch Missbrauch von Algorithmen oder auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Eine durchsetzungsstarke digitale Ordnungspolitik ist notwendig, um auch fairen Wettbewerb in digitalen Märkten zu ermöglichen. Wir brauchen daher einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt. Er muss einen fairen Wettbewerb – auch zwischen Online- und klassischen Unternehmen – grenzüberschreitend sicherstellen und so Vertrauen in die digitalen Märkte stärken. Er muss Innovationen fördern, Datenschutz und Privatautonomie sowie Meinungsvielfalt gewährleisten. Und schließlich

muss er für eine faire Besteuerung digitaler Wertschöpfung sorgen sowie Haftung und Rechtsdurchsetzung effektiv ermöglichen und ethischen Belangen Rechnung tragen. *Wir stehen vor der Aufgabe, den Ordnungsrahmen dafür ganzheitlich und flexibel zu gestalten.* Die Modernisierung und der Ausbau unserer Infrastrukturen sind für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland von zentraler Bedeutung. Die Planung großer Vorhaben gerät immer wieder ins Stocken. Im Vergleich zum europäischen und außereuropäischen Ausland sind unsere Planungsverfahren deutlich zu lang. Wir wollen deshalb unser Planungsrecht entschlacken und uns auch auf europäischer Ebene für handhabbare Rechtsvorschriften einsetzen. Die Beteiligungsrechte der Umwelt- und Naturschutzverbände wollen wir auf ein angemessenes Maß zurückführen. Oft hilft eine breite öffentliche Debatte im Vorfeld der Entscheidung, ob ein Vorhaben verwirklicht werden soll.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet unternehmerische Dynamik.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von wettbewerbsfähigen und innovativen Unternehmen sowie verantwortungsbewussten Unternehmern. In Deutschland tragen gerade der Mittelstand und Familienunternehmen maßgeblich zum Wohlstand unseres Landes bei. Wir wollen auch in Zukunft Unternehmern, Investoren und Gründern einschließlich Start-Ups herausragende Rahmenbedingungen bieten. Sie sollen im Wettbewerb mit bestehenden Geschäftsmodellen um das beste Ergebnis für die Menschen konkurrieren. Unser Ziel ist, dass die erfolgreichen Unternehmen von morgen bereits heute bei uns gegründet werden – denn das hat uns in Deutschland stark gemacht. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen und Männer bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken zu übernehmen. *Dazu müssen wir die Frage beantworten, welche Weichenstellungen erforderlich sind, damit mehr Menschen Neues wagen und Innovationen anstoßen.*

Zu guten Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie gehört auch eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung, die den Veränderungen im globalen Steuerwettbewerb gerecht wird. Dabei müssen wir eine faire Besteuerung von Unternehmen – vor allem denen, die im Internet tätig sind – sicherstellen. Die Frage ist: *Wie muss eine solche faire Unternehmensbesteuerung der Zukunft aussehen – auch im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt?*

Wir wollen starke Unternehmer in unserem Land und setzen auf eine Kultur, in der Leistung, Erfahrung und unternehmerischer Erfolg, aber auch ein offener Umgang mit unternehmerischen Fehlern mehr Wertschätzung erfahren. Dabei muss gelten: Entscheidungs-

verantwortung und Haftung fallen zusammen. Wer unternehmerische Freiheit will, muss auch für Verluste und Folgen von Fehlverhalten einstehen.

Deutschlands Unternehmen, insbesondere Mittelständler, stehen nicht nur im internationalen Wettbewerb. Weil sie so erfolgreich sind, befinden sie sich auch im Visier ausländischer Investoren. Das gefährdet zum Teil sensible Wirtschaftszweige sowie die Mitbestimmung in den Betrieben. Gerade im Fall von Investitionsprojekten ausländischer Staatskonzerne müssen wir hier passende Antworten entwickeln. *Brauchen wir eine strategische Industriepolitik, um u. a. den Herausforderungen durch internationale Investitionen in sensible Unternehmensbereiche wirksam zu begegnen?*

Soziale Marktwirtschaft heißt: Freiheit statt Bevormundung.

Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Die freie Entscheidung der Konsumenten ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Wir wollen, dass Verbraucher über Produkte und Dienstleistungen – gerade in Zeiten der Digitalisierung und Automatisierung – möglichst umfangreich, transparent und sachlich informiert sind. *Daher müssen wir eine Antwort darauf geben, wie wir Verbraucher in ihren Entscheidungsmöglichkeiten stärken, ohne sie in ihren Entscheidungen und ihrem Verhalten zu bevormunden.*

Ein wichtiges Feld ist der Umgang mit Daten. Wir bekennen uns zu einer zukunfts- und innovationsorientierten Datenpolitik zum Wohle der Bürger, die die wirtschaftliche Nutzung von Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes ermöglicht. So erhalten vor allem Startups und der Mittelstand in Deutschland bessere Chancen im Wettbewerb mit internationalen Großkonzernen und die Möglichkeit zur Innovation. Die Frage des Eigentums an Daten und deren Nutzung muss klar, praxistauglich und ausgewogen geregelt sowie transparent und für den Einzelnen nachvollziehbar sein, damit er selbstbestimmt entscheiden kann. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen eines angemessenen Schutzes personenbezogener Daten. Dies gilt auch für Betriebe und die Mitarbeiter in Betrieben. Auf dieser Basis wollen wir Innovationen und den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern. Im Zeitalter der globalen Kommunikation sollten nationale Regelungen zu Daten möglichst in ein europäisches und internationales Regelungsgefüge eingebettet sein. *In Zeiten, in denen Nutzer für unentgeltliche Leistungen ihre Daten preisgeben, ist zu prüfen, welchen Wert Daten haben und ob sie mit einem entsprechenden Preisschild versehen werden können.*

Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Leistung lohnt sich.

Etwas zu leisten, ist nach unserem Menschenbild Teil der Selbstverwirklichung eines selbstbestimmten Menschen. Für uns ist klar: Wer etwas leistet, wer hart arbeitet, wer sich an die Regeln hält, muss am Ende mehr haben, als wenn er nichts tut. Dies gilt sowohl beim Lohn als auch bei der Rente – weil wir Arbeits- und Lebensleistung anerkennen. Leistungs- und Chancengerechtigkeit müssen gewahrt und auch bei der Besteuerung berücksichtigt werden. So werden Menschen motiviert, neue Chancen zu ergreifen. Dazu sind Freiräume zu erhalten, neu zu schaffen und Fehlanreize zu beseitigen.

Wohlstand für alle heißt auch, dass sowohl Arbeitnehmer aller Einkommensschichten als auch Unternehmen am Wirtschaftswachstum teilhaben. Klar ist: Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft entlasten, damit sie genug finanziellen Spielraum haben, um über den größeren Anteil ihres Einkommens selbst verfügen zu können. Mehr Netto vom Brutto für die Erwerbstätigen ist nicht nur ein wichtiger Schritt in Richtung Leistungsgerechtigkeit, sondern fördert auch selbstverantwortliches Wirtschaften anstelle von staatlicher Fürsorge. *Wir müssen daher die Frage beantworten, wie künftig Leistung besser und angemessener belohnt werden kann und wie viele Abgaben der Staat einnehmen darf, ohne die Leistungsbereitschaft der Menschen einzuschränken.* Für eine faire Besteuerung muss zudem die Frage beantwortet werden: *Was sind die Besteuerungsgrundlagen der Zukunft? Und wie können wir das Steuerrecht vereinfachen und für den Einzelnen verständlicher machen?*

Unternehmen und ihre Vorstände sind insbesondere bei der Entlohnung zu verantwortungsvollem und ethischem Verhalten aufgerufen. Sie müssen darauf achten, dass sie durch ihr Handeln das Vertrauen und die Akzeptanz ihrer Mitarbeiter und der Gesellschaft behalten. Es stellt sich grundsätzlich die Frage: *Was sind in einer zunehmend internationalisierten, digitalisierten und globalisierten Arbeitswelt leistungsgerechte Löhne?*

Arbeit ist ein zentrales Element der Sozialen Marktwirtschaft.

Anständige Arbeit ist mehr als nur Broterwerb. Sie bedeutet Würde und die Chance, für sich und seine Familie zu sorgen. Arbeit ist daher nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial sehr wichtig. Es ist herausragend, dass in Deutschland so viele Menschen wie noch nie zuvor Arbeit haben und die Zeiten massenhafter Arbeitslosigkeit hinter uns liegen.

Mehr noch: Vollbeschäftigung ist in einigen Regionen Deutschlands mittlerweile Realität. Und wir arbeiten daran, sie für ganz Deutschland zu erreichen. Wir wollen, dass so viele Menschen wie möglich in sozialversicherungspflichtige und gut entlohnte Beschäftigung kommen.

Durch den digitalen Wandel entstehen neue Berufsbilder und Arbeitsplätze. Bestehende Arbeitsplätze werden sich durch weitere Automatisierungs- und vor allem Digitalisierungsprozesse verändern, manche werden wegfallen. Infolge des demografischen Wandels werden in Deutschland immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter sein. Diesen neuen Anforderungen müssen wir mit einer Bildungs- und Weiterbildungsoffensive an Einrichtungen der frühen Bildung, Schulen, Berufsbildungsstätten, Fachhochschulen und Universitäten sowie in die Breite der Bevölkerung hinein begegnen. Wir brauchen eine altersunabhängige Weiterbildungskultur, die echte Chancen eröffnet und den Menschen ermöglicht, ihre berufsbezogene Entwicklung stärker eigenverantwortlich zu organisieren. In einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft und Staat müssen wir dafür sorgen, dass wir in Deutschland dauerhaft Fachkräfte haben, die wir brauchen. Hierzu müssen wir das inländische Fachkräftepotenzial besser nutzen. Es gilt, insbesondere die individuellen Chancen auf Erwerbstätigkeit für ältere Menschen und Frauen weiter zu verbessern. Wir müssen auch Langzeitarbeitslose über noch zielgenauere Maßnahmen wirtschaftlich und gesellschaftlich wieder integrieren und ihnen den Weg zurück in die Eigenverantwortung aufzeigen. Zudem müssen wir gezielte und qualifizierte Zuwanderung – aus Europa und darüber hinaus – noch besser als bisher ermöglichen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Hierzu wollen wir die Chancen des Europäischen Binnenmarktes optimal nutzen. Der digitale Wandel stellt auch neue Anforderungen an das Arbeitsrecht und die Arbeitszeitgestaltung. So stellt sich die Frage, wie wir in Zukunft z. B. mit Arbeitsformen wie Crowdfunding umgehen wollen. Insgesamt müssen die Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit den Interessen der Beschäftigten – gerade mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und der Unternehmen gerecht werden. *Wie sieht ein modernes Arbeits- und Sozialrecht aus, das auch im Zeitalter der Digitalisierung für gesunde und gute Arbeitsbedingungen sorgt? Wie können wir dazu beitragen, dass der Bedarf an Fachkräften gedeckt wird?*

In vielen Bereichen wird menschliche Arbeit unersetzlich bleiben und an Bedeutung gewinnen. Die Dienstleistung am Menschen ist in den Berufen der Betreuung, medizinischen

Versorgung, Pflege und vor allem Bildung von großer Bedeutung. Wir wollen, dass diese für unsere Gesellschaft so wichtigen Berufe angemessene Achtung und Bezahlung erhalten. Denn sie berühren zentrale Bereiche unseres sozialen Miteinanders.

Bildung ist unser wichtigster Rohstoff der Zukunft.

Unser Anspruch ist es, bei Bildung, Forschung und Entwicklung Weltspitze zu sein. Deutschland wird seine Position als international führender Wirtschaftsstandort unter den Herausforderungen von Digitalisierung und Globalisierung nur halten können, wenn wir Bildung viel stärker als bisher in den Blick rücken. Unsere wirtschaftlichen Erfolge haben sehr viel mit den vielfältigen Bildungschancen ab dem frühen Kindesalter zu tun. Bildung ist aber auch der Schlüssel für individuelle Lebenschancen. Wichtig ist es deshalb, dass Menschen in unserem Land leistungsbereit sind, vergleichbare Bildungschancen unabhängig von ihrer regionalen und sozialen Herkunft haben und von gleichwertigen Bildungsangeboten profitieren können. Deutschland ist überall dort besonders erfolgreich, wo sich Bildung und Praxis gegenseitig bereichern. Für uns sind die berufliche – insbesondere die duale- und die akademische Bildung gleichwertig. Beide Bildungswege sollen gute Karriereperspektiven für alle bieten. Bildung muss auch die zentralen Elemente unserer Sozialen Marktwirtschaft vermitteln.

Bildung ist gemeinsam mit Offenheit für Neues sowie dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzip eine entscheidende Voraussetzung für den Umgang mit neuen Technologien und Entwicklungen, wie etwa der Künstlichen Intelligenz. Um die immer kurzfristigeren Wandlungsprozesse auf dem eigenen Arbeitsplatz mitgehen zu können, wird lebenslanges Lernen ein entscheidender Standortfaktor werden. Zugleich gilt es, die digitalen Kompetenzen von Schülern und Studenten schon früh stärker zu entwickeln. Deshalb wollen wir auch die digitale Infrastruktur an Schulen ausbauen. Diesen Themen müssen wir mehr politische Aufmerksamkeit beimessen.

Soziale Marktwirtschaft ist Verantwortung für kommende Generationen.

Soziale Marktwirtschaft kann nur erfolgreich sein, wenn sie nachhaltig ist. Die nachhaltige und ökologische Marktwirtschaft ist die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Das bedeutet: Wachstum und Wohlstand dürfen nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen; sie müssen nachhaltig sein. Die Verantwortung für die Schöpfung im Sinne eines bewahrenden Umgangs ist klarer Auftrag christdemokratischer Politik. Deutschland und die

Europäische Union sollen Wegbereiter sein, das Nachhaltigkeitsprinzip auch global noch stärker zu verankern. Die Perspektive über unsere Grenzen hinaus ist entscheidend, da wir die großen Herausforderungen nur global lösen können. Das betrifft beispielsweise die Wirkungen hohen Bevölkerungswachstums und vor allem die Bedrohung durch den Klimawandel. Wir bekennen uns ausdrücklich zu gemeinsamen europäischen, internationalen, multilateralen Lösungen. Dabei wollen wir Instrumente nutzen, die in der Sozialen Marktwirtschaft angelegt sind: Wir wollen Umweltschäden infolge wirtschaftlicher Prozesse und gesellschaftlicher Entwicklungen stärker mit angemessenen Preisen in einen funktionsfähigen Marktmechanismus einbeziehen und so Schäden effizient reduzieren bzw. verhindern. Die Nutzung von Ressourcen sowie Infrastruktur muss stärker als bisher in solche Marktmechanismen eingebettet werden. So sind wir davon überzeugt, dass sich nationale und internationale Klimaschutzziele durch eine möglichst umfassende und grenzüberschreitende Bepreisung der Emission von Treibhausgasen deutlich effizienter und mit weniger Wettbewerbsverzerrung erreichen lassen als durch teure – oft nur nationale – Einzelmaßnahmen. Zugleich müssen wir uns die Frage nach den Grenzen unseres ressourcenintensiven Wachstums stellen: *Wie können wir mit geringerem Ressourceneinsatz Wachstum erreichen?*

Nachhaltigkeit leitet uns auch in der Finanz- und Sozialpolitik. Wir stehen für solide Finanzen. Denn wir wollen die Handlungsspielräume unserer Kinder und Enkel vergrößern anstatt ihnen Kosten aufzubürden. So sollen Bund, Länder und Kommunen keine neuen Schulden aufnehmen und darüber hinaus bestehende Schulden abbauen, vor allem in wirtschaftlich guten Zeiten. Auch in den Sozialversicherungen muss Generationengerechtigkeit eine zentrale Rolle spielen. Denn die Schulden von heute sind die Steuern und Beiträge von morgen. *Wie kann Generationengerechtigkeit in der Finanz- und Sozialpolitik sichergestellt werden, damit unsere Kinder und Enkel mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben?*

Soziale Marktwirtschaft setzt auf die Sozialpartnerschaft.

Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind wesentliche Faktoren für den Erfolg der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Grundlagen der Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung werden derzeit stark herausgefordert. Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt in rasanter Geschwindigkeit. Wir wollen gute Arbeitsplätze, denn nur dann können wir im internationalen Wettbewerb um gute Fachkräfte bestehen. Dazu gehören faire

Löhne und gute Arbeitsbedingungen, eine verlässliche soziale Absicherung in Selbstverwaltung und moderne Arbeitszeitmodelle.

Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft leben davon, dass es gute Möglichkeiten gibt, für Beschäftigte sich gewerkschaftlich zu organisieren und für Unternehmen Mitglied in Arbeitgeberverbänden zu sein. Wir sind davon überzeugt, dass die Sozialpartner auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsregelungen haben sollen. Zugleich sind wichtige Anpassungen erforderlich, damit das Modell auch weiterhin die Bedürfnisse von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern noch zeitgemäß decken kann. Wir wollen eine moderne und zukunftsgerichtete Tarifpartnerschaft. Dazu wollen wir weitere Flexibilisierungen erreichen und in den jeweiligen Branchen mehr Gestaltungsspielräume ermöglichen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Subsidiarität: Sozial- und Tarifpartner sollen die sie betreffenden Angelegenheiten regeln, damit ihr Wirken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch in Zukunft attraktiv bleibt. Darüber hinaus setzen wir auf eine Sozialpartnerschaft, die den Arbeitnehmern hilft, Vermögen aufzubauen. Hierzu wollen wir neue Wege zu Gewinn- und Kapitalbeteiligungen eröffnen. Denn wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Partner in Verantwortung stellen, ohne dies mittelbar oder unmittelbar gesetzlich zu erzwingen. *Gemeinsam müssen wir die Frage beantworten: Wie sieht die Sozialpartnerschaft der Zukunft aus und wie können wir sie stärken?*

Soziale Marktwirtschaft ist unser Modell für Europa.

Unsere von Freiheit, Solidarität, Eigenverantwortung, Mut und Optimismus geprägte Haltung soll uns auch in Europa für die Zukunft gemeinsam stark machen. Dabei stehen der Europäische Binnenmarkt und der Euro als stabile Währung im Herzen des Modells der Sozialen Marktwirtschaft für Europa, das wir im Lissaboner Vertrag verankert haben. Die Europäische Union hat die Kraft, einem Ordnungsrahmen Geltung zu verleihen, der angesichts von Globalisierung und Digitalisierung Markt und Wettbewerb schützt und neue Chancen eröffnet.

Für uns ist klar: Die Stabilität des Euro kann nur mit soliden Finanzen sichergestellt werden. Wir müssen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts stärken und politisch konsequent umsetzen. Die Vergemeinschaftung von Schulden in der Europäische Union lehnen wir weiterhin ab – denn auch in der Wirtschafts- und Währungsunion dürfen Entscheidungsverantwortung und Haftung nicht auseinanderfallen. Wir wollen eine unabhän-

gige Europäische Zentralbank, die Geldwertstabilität in der Eurozone sicherstellt. Die Finanzierung von Haushalten europäischer Staaten ist nicht ihre Aufgabe.

Der Binnenmarkt ist eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand in Europa. Um diesen Wohlstand in Europa zu erhalten und zu mehren, sind Strukturreformen notwendig. Entscheidend ist aber auch, Barrieren im Binnenmarkt abzubauen und damit den Wettbewerb zu stärken. Wir wollen einen echten gemeinsamen europäischen Markt mit europäischen Unternehmen als „Global Champions“. Dies gilt insbesondere für die Schlüsselbereiche der Digitalwirtschaft, des Energiesektors und des Kapitalmarkts. Gerade hier brauchen wir europaweit einheitliche Standards und Marktregeln. Hinzu kommen offene Grenzen innerhalb des Schengen-Raums, ein leistungsfähiges europäisches Transport- und Verkehrsnetz und eine flächendeckende Dateninfrastruktur auf dem neuesten Stand. So kann sich der Europäische Binnenmarkt weiterentwickeln, der unseren Unternehmen ausreichend Wachstums- und Innovationschancen bietet.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet Offenheit statt Abschottung.

Freihandel und Globalisierung sind Wachstums- und Wohlstandstreiber. Sie haben Milliarden Menschen aus der Armut geführt. Grundlage für freien Handel sind offene Märkte und faire Regeln. Denn Soziale Marktwirtschaft bedeutet Freiheit und Verantwortung statt Abschottung. International stehen die Leitgedanken der Demokratie wie auch der Sozialen Marktwirtschaft unter Druck und im Wettbewerb mit konkurrierenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen. Diese Systemfrage zeigt sich immer deutlicher – und ihr stellen wir uns mit einer klaren Haltung: Demokratie und Soziale Marktwirtschaft gehören für uns untrennbar zusammen. Dafür und für die dahinterliegenden Werte und Prinzipien von Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Eigenverantwortung und Offenheit wollen wir uns auch weiterhin weltweit einsetzen. Zudem streben wir den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit unseren Handelspartnern an. Wir brauchen außerdem eine Anpassung der internationalen Handelsabkommen, auch und gerade im Rahmen der Welthandelsorganisation, an die neuen Entwicklungen in Digitalisierung und Dienstleistungen sowie einen Ordnungsrahmen für die digitale Welt.

Wir sind auf dem Weg zum Grundsatzprogramm 2020.

Dafür wollen wir auf der Basis unserer Werte und Überzeugungen mögliche Lösungen diskutieren und uns gemeinsam auf Antworten verständigen. Für diesen Prozess, an dem sich

alle Mitglieder beteiligen können, nehmen wir uns gut zwei Jahre Zeit. Mit diesem Grund-
satzprogramm wollen wir überzeugende Antworten auf neue Fragen geben und auf dieser
Basis um Vertrauen und Zustimmung werben.